

'S
ALE
opport-
maining
ite that
It's all
e many

D 17
PILES OF
BARGAINS
WE WILL
LAID OUT
COUNTERS
TELLING

able Assort-
s attraction
nothing Sec-
t shopping
he suits are
ything like
all of them.
present a
17.50
e Suits
All Wool
est suits on
19.75
s
coats, well
13.75
at we sell
21.50
loth Over-
way and
27.50
argain
coats made
ng cloths,
e 5.75
8.95
9.95

St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung
Canadas, erscheint jeden Donnerstag in
Münster, Sask., und kostet bei Postaus-
lieferung:

In Canada, per Jahrgang \$2.00
In Ver. Staaten u. Ausland, \$2.50
Einzelne Nummern 10 Cents.

Ankündigungen werden berechnet zu
1.00 Dollar pro Zoll einschließlich für die
erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für
nachfolgende Einrückungen.

Rabattzettel werden zu 20 Cents pro
Zeile wöchentlich berechnet.

Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00
pro Zoll für 4 Insertions, oder \$2.00
pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei
großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ankunft der Herausgeber
für eine erstklassige katholische Familien-
zeitung unpassende Anzeige wird unbe-
dingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u.s.w. an

ST. PETERS BOTE,
Münster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur
Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Büttner zu Münster, Sask., Canada.

19. Jahrgang, No. 48. Münster, Sask., Donnerstag den 11. Januar 1923. Fortlaufende No. 984.

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in
Saskatchewan is published every
Thursday at Münster, Sask. It is
an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION:
\$2.00 per year, payable in advance.
\$2.50 to the United States and abroad
Single numbers 10 cents.

ADVERTISING RATES:
Transient advertising \$1.00 per inch
for first insertion, 50 cents per inch
for subsequent insertions. Reading
Notices 20 cents per count line.
Display advertising \$2.00 per inch
for 4 insertions, \$20.00 per inch for
one year. Discount given on large
contracts. Legal Notices 12cts. per
agate line 1st insertion, 8 cts. later.

No advertisement admitted at any
price, which the publishers consider
unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
Münster, Sask., Canada.

Vom Ausland.

Depechen

1. Jan. — Deutschland enthielt heute einen der bedeutungsvollsten Versuche in der Geschichte der Diplomatie zu Sicherung des Weltfriedens. Kanzler Euno teilte den Plan in Hamburg mit. Der Kernpunkt des deutschen Vorschlags ist ein Gedanke, der schon lange der Traum von Friedensfreunden war, daß es in Europa keinen Krieg geben dürfe, ohne daß ein solcher durch eine Abstimmung der Völker in den beteiligten Ländern beschlossen werde.

Später: — Frankreich hat den deutschen Plan summarisch verworfen. Die Verhandlungen über den Plan waren in tieffes Geheimnis gehüllt. Das Staatsamt und die deutsche Botschaft in Washington bestreiten jede Kenntnis von dem Plan. Nach dem Vorschlag sollten Frankreich, Deutschland und Italien ein europäisches Friedensabkommen für die Dauer einer Generation schließen, mindestens dreißig Jahre. Ferner sollten die europäischen Mächte sich feierlich verpflichten, keinen Krieg zu führen, außer wenn ihre Völker dies durch eine Abstimmung beschließen.

Später: — Botschafter Wiedfeldt legte den Vorschlag der amerikanischen Regierung vor. Diese billigte den Plan. Man weiß, daß Sekretär Hughes die Frage mit Botschafter Aussenber befprach, um die Ansichten der französischen Regierung zu ermitteln. Esst unlangt teilte Joffre und Hughes mit, daß Frankreich die deutsche Anregung deshalb verwirft, weil in der französischen Verfassung für eine solche Volksabstimmung keine Vorkehrung getroffen worden sei. Infolge der diplomatischen Dementis ist nicht genau bekannt, wie weit Hughes bei Unterstützung des deutschen Vorschlags ging. Man glaubt jedoch, daß Kanzler Eunos Hinweis auf eine ungenannte Macht, welche die Vermittlung übernahm, sich auf die Ver. Staaten bezogen haben kann. Die Verhandlungen hier waren so geheim, daß nur Präsident Harding, Sekretär Hughes, Unterstaatssekretär Phillips, Botschafter Wiedfeldt, ein anderer hoher Beamter des Staatsamts und ein höherer Beamter der deutschen Botschaft Kenntnis davon hatten. Hiesige deutsche Diplomaten halten den Vorschlag infolge der französischen Haltung für erledigt, es sei denn, daß er von den Ver. Staaten aufgenommen würde, was indessen höchst zweifelhaft ist.

2. Jan. — Die Konferenz von Premiers wurde um 2 Uhr eröffnet. Premier Poincaré begrüßte die Delegierten und begann dann sofort mit Darlegung des französischen Standpunktes. Er sagte vor allem, es wäre Zeitverschwendug, den deutschen Abgesandten Dr. Bergmann zu hören; es sei besser, wenn die Konferenz deutsche Vorschläge schriftlich verlange. Die Deutschen hatten heute formell verlangt, daß Karl Bergmann erlaubt werde, den neuen deutschen Vorschlag den Premiers in einer mündlichen Ausführung zu unterbreiten. Bergmann reiste heute früh aus dem Haag ab und wird am Spätabend in Paris erwartet.

Frankreich ist entschlossen in Form der Hilfsquellen des Ruhtales Sicherheiten zu verlangen, damit

Deutschland seine Vertragsverpflichtungen erfülle. Großbritannien ist überzeugt, daß ein Moratorium und eine Ermäßigung der Gesamtsumme zu einer Lösung der gesamten Entschädigungsfrage notwendig seien.

Später: — Das französische Kabinett billigte heute einstimmig das Programm, welches Premier Poincaré am Spätabend vorlegen wird. Bonz Law brachte aus London einen Plan, dessen Hauptpunkte Gewährung eines Zahlungsaufschubs für Deutschland und Widerstand gegen die von Frankreich vorgeschlagenen Gewaltmaßnahmen sind.

Frankreichs Plan sieht vor, daß Deutschland die ganze in Vertragsform für die Dauer einer Generation schließen, mindestens dreißig Jahre. Ferner sollten die europäischen Mächte sich feierlich verpflichten, keinen Krieg zu führen, außer wenn ihre Völker dies durch eine Abstimmung beschließen.

Später: — Botschafter Wiedfeldt legte den Vorschlag der amerikanischen Regierung vor. Diese billigte den Plan. Man weiß, daß Sekretär Hughes die Frage mit Botschafter Aussenber befprach, um die Ansichten der französischen Regierung zu ermitteln. Esst unlangt teilte Joffre und Hughes mit, daß Frankreich die deutsche Anregung deshalb verwirft, weil in der französischen Verfassung für eine solche Volksabstimmung keine Vorkehrung getroffen worden sei. Infolge der diplomatischen Dementis ist nicht genau bekannt, wie weit Hughes bei Unterstützung des deutschen Vorschlags ging. Man glaubt jedoch, daß Kanzler Eunos Hinweis auf eine ungenannte Macht, welche die Vermittlung übernahm, sich auf die Ver. Staaten bezogen haben kann. Die Verhandlungen hier waren so geheim, daß nur Präsident Harding, Sekretär Hughes, Unterstaatssekretär Phillips, Botschafter Wiedfeldt, ein anderer hoher Beamter des Staatsamts und ein höherer Beamter der deutschen Botschaft Kenntnis davon hatten. Hiesige deutsche Diplomaten halten den Vorschlag infolge der französischen Haltung für erledigt, es sei denn, daß er von den Ver. Staaten aufgenommen würde, was indessen höchst zweifelhaft ist.

2. Jan. — Die Konferenz von Premiers wurde um 2 Uhr eröffnet. Premier Poincaré begrüßte die Delegierten und begann dann sofort mit Darlegung des französischen Standpunktes. Er sagte vor allem, es wäre Zeitverschwendug, den deutschen Abgesandten Dr. Bergmann zu hören; es sei besser, wenn die Konferenz deutsche Vorschläge schriftlich verlange. Die Deutschen hatten heute formell verlangt, daß Karl Bergmann erlaubt werde, den neuen deutschen Vorschlag den Premiers in einer mündlichen Ausführung zu unterbreiten. Bergmann reiste heute früh aus dem Haag ab und wird am Spätabend in Paris erwartet.

Frankreich ist entschlossen in Form der Hilfsquellen des Ruhtales Sicherheiten zu verlangen, damit

sungsmöglichkeit gefüllt gewesen. Der Andrang war ein geradezu enormer. Man kann auch diese Ercheinung als ein Merkmal der überall vorherrschenden Stimmung und zugleich als Folge der bestehenden, äußerst schrecklichen Verhältnisse ansehen. Die Not lehrt die Deutschen beten.

— Laut Verfügung der deutschen Regierung beträgt das Porto eines Auslandsbrieves gegenwärtig 80 Mark.

— Jena ist infolge eines Streiks zur Zeit ohne Licht und ohne Wasser. Sollte der Streik andauern, so ist großes Unglück zu erwarten. In Oppau, in der Platz, dem Schauplatz der früheren großen Explosionsatastrophen, hat der Streik bereits zum Unglück geführt. Bei einer Explosion infolge des Streiks sind drei Personen schwer verletzt worden.

— Hausgrundstücke im Werte von 400 Milliarden Papiermark haben während dieses Jahres in Deutschland den Besitzer gewechselt. In Berlin allein ist ein Sechstel aller Geschäftshäuser und Wohnhäuser von Ausländern zu lächerlich niedrigen Preisen angekauft worden. Die Zahlen sprechen von Deutschlands wirtschaftlichem Zusammenbruch mit größerer Deutlichkeit, als alle die Reden im Reichstag über die Kritik. Die Bürger Berlins verschwinden schnell aus der Grundbesitzenden Klasse in der Reichshauptstadt. Der Geldwert von Grundbesitz in Deutschland ist unerklärbar Weit unterschritten. Ein Haus, welches der Besitzer gewechselt, hat einen Wert von 500,000 Goldmark hatte, kann jetzt für eine Million Papiermark gekauft werden, obwohl die Goldmark derzeit 2000 Papiermark wert ist. Die Verhältnisse sind darum, daß die Berliner Grundbesitzer gezwungen sind, ihre Häuser loszuwerden, weil die Mietbeträge durch das Reichsgesetz so niedrig angelegt sind, daß es unmöglich ist, die Grundstücke ohne Verlust zu verwerten.

— Paris, 1. Jan. — Die alliierte Entschädigungskonferenz hat sich heute Abend kurz vor 7 Uhr aufgelöst. Nach Berichten von Mitgliedern der britischen Abordnung entschloß sich Premier Bonar Law, die unklare Besprechung auf der alliierten Entschädigungskonferenz zu beenden und heute Abend nach London zurückzukehren. Die Konferenz der Premiers ist hoffnungslos gespalten.

Paris, 5. Jan. — Frankreich machte heute seine Rheintruppen mobil. Alle aus Mainzer Kaiserfesten beurlaubten Soldaten sind zurückgerufen. General Degoutte gab sofort nach der Kunde von der Auflösung der Entschädigungskonferenz den Befehl. Bevor Anweisungen aus Paris eintrafen, wird indessen kein militärisches Vorgehen gegen Deutschland getroffen. Besprechungen mit Belgien und Italien, zum Zweck eines gemeinsamen Vorgehens bei Einführung von Entschädigungen von Deutschland, sind geplant. Zu einer solchen Konferenz würde England nicht eingeladen. Das Ministerium Euno wird vorausichtlich um ein Moratorium ersuchen und Italien und Belgien sofortigen Berufung einer Sitzung der Entschädigungskommission, um Deutschlands angebliche Unterlassung von Kohlenabzügen anzukündigen. John Bradbury, das britische Mitglied der Entschädigungskommission, trat zurück.

Berlin. Der Jammer und das Elend dieser Zeiten trugen zweifellos zu einer Vertiefung des religiösen Gefühls selbst unter Leuten bei, welche früher arbeitsvom Christenglauben standen. Die Kirchen im ganzen Reich sind während der Feiertage bis zur äußersten Fas-

teichthälfte von Briefen mit Geld inhalt, haben die Reichspostbehörden veranlaßt, den Angestellten, die in der Abteilung für die Beförderung der ausländischen Post beschäftigt sind, schwere auf die Finger zu sehen. Jetzt ist es gelungen, einen der Briefmänner auf frischer Tat zu erappen. Der Schuldige ist der hier verhaftete Postbeamte Helling, welcher mit dem Sortieren von Briefen aus dem Auslande betraut war. Er ließ viele Briefe im Paket verschwinden, um sie dann nach Schluss der Dienststunden mitzunehmen. Auf diese Weise unterstellt er zahlreiche Briefe, deren Gehalt insgesamt eine große Summe, er auf der Bank in Markt umgewechselt ließ. So reich war die Beute des Diebes, daß er sich die hohen Ausgaben eines eigenen Automobils leisten konnte. Nach der Verhaftung wurde in Helling's Wohnung eine Haussuchung vorgenommen, welche ganze Postfächer, insgesamt mit geräumten Briefen, ergab.

Hessen. Aus Mainz wird gemeldet: Die Gefahr der farbigen Truppen, über deren Belästigungen die Bevölkerung mehr und mehr klagt, erfährt dadurch besondere Verstärkung, daß die Soldaten jetzt auch ihren Vorgesetzten aufsässig werden. Der Fall in Sossenheim ist nicht mehr vereinzelt. Das Kriegsgericht am Hauptquartier des 30. Armeekorps hat den Tiraillleur Dr. H. H. H. H. marottanten Schützenregiment zum Tode verurteilt, weil er seinen Sergeanten erwidert, der ihm einen unbefugten Befehl erteilt. Wiederholte man auch Befehlsverweigerungen farbiger Truppen auf der Straße beobachten können.

Wiesbaden. Das französische Kriegsgericht verurteilte die beiden marottanten Schützen zum Tode, die im Oktober eine Wirtschaft in Sossenheim, wo ihnen nach 11 Uhr abends Bier verweigert wurde, nahezu eine Stunde beobachtet und dabei einen Schreiner tödlich verletzten.

Baden. Der Zentrumabgeordnete Hofmann Ludwigshafen hat mit Unterstützung der gesamten Zentrumsfaktion folgenden Antrag im Reichstag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung möge das Reichsverteidigungsministerium anweisen: 1.) den Reichsgesetzgebungen, welche infolge der Kriegsverordnungen durch das Reichsgericht verurteilt, der ihm einen unbefugten Befehl erteilt, Befehle erlassen, um die Mietbeträge durch das Reichsgesetz so niedrig angelegt sind, daß es unmöglich ist, die Grundstücke ohne Verlust zu verwerten, und die Häuser, welche bereits seit einer jahrelangen andauernden Vernachlässigung aufgeworben werden, müssen bald unbewohnbar sein, wenn sie nicht in den Besitz von Ausländern übergehen.

London. Der Krieg im nahen Osten, der als Folge der Münchener Konferenz beobachtet wird, hat vielleicht bereits begonnen. Berichten nach einer Aufstand im Vilayet Mosul, wo kurdische und türkische Stämme britische Flugzeughallen niedergebrannt haben sollen. Mosul ist die zweitbedeutendste britische Luftstation in Mesopotamien.

Wiesbaden. Riedemann wurde wegen Ermordung des Präsidenten Karutowicz zum Tode verurteilt. Der Angeklagte gab zu, die Geiseln verlegt zu haben, befürchtet aber des Mordes schuldig zu sein. Indessen sei er bereit, sich der Strafe zu unterwerfen. Der Gefangene sagte, er habe zuerst General Bialski, den früheren Präsidenten, erledigen wollen. Als aber dieser von seiner Bewerbung zurücktrat, habe er Präsident Karutowicz zu seinem Opfer ausersehen.

Berlin. Die vielen Klagen aus dem Auslande, besonders aus den Vereinigten Staaten, über

THE DUNNING BANQUET

BY DR. H. R. FLEMING, M. A.

Over 500 people of Northern Saskatchewan were present
at a Banquet in Saskatoon
in Honor of the gifted Liberal Leader of Saskatchewan.

Said the Liberal Chieftain:

"Only the people of this Province can reverse the Temperance Act so far as I am concerned."

"When Charlie Dunning ceases to be Charlie Dunning in every far-away home in Saskatchewan, I hope that my political star will have set."

The Liberal demonstration held some time ago in Saskatoon in honour of Hon. Chas. Dunning was one of which that distinguished statesman may well be proud. In point of numbers and in the degree of enthusiasm which prevailed from the start to the finish, it has seldom been equalled in Western Canada. It was a spontaneous tribute on the part of the people of Northern Saskatchewan to the honourable gentleman's sterling integrity and charming personality.

The speech of Mr. Dunning had a distinct tinge of Laurier eloquence. It approached to a marked extent the impassioned phrasing of a Scott and bore in a marked degree the sincerity that is always characteristic of a Motherwell speech. It was the speech of a gifted young Canadian that looks on the public questions of the day from a business standpoint. It was a pleasure to listen to the Premier of this Province as he stood up boldly and declared the ancient principles of Liberalism.

It would be impossible to give in detail the great speech of Mr. Dunning, but I will endeavor to give to the readers of the St. Peter's Bote some of the gems of political thought. The most outstanding phase of the Premier's speech was with reference to the Wheat Board. No man who studies the Wheat Board question can believe that such powers as were given to the Wheat Board officials could ever be supported by the freedom-loving people of Canada.

"I stated in the legislature last summer that I did not believe in the permanent application of the principle of compulsion in trade; that its application could only be defended as an expedient to meet an emergency such an emergency as confronted us during the war and during the readjustment period immediately following.

I do not know of any public man in Western Canada nor any responsible farmer leader who has ever advocated a permanent compulsory wheat board. The farmer leaders, especially, have made it clear that a compulsory wheat board is an expedient to deal with an emergent condition and in order to give time for the development of a free marketing system which would enable the farmer to secure the maximum value for his product in the markets of the world."

His solution for the grain marketing would be for the amalgamation of the United Grain Growers and the Co-operative Elevator Companies. The Premier's plan in this regard was minutely described and should be read by every farmer in this Province.

The next important question dealt with was that of prohibition. He told his audience that the people alone could reverse the Temperance Act and said that the worst enemies of prohibition in this Province were the social upholders and moral reformers who go around with long faces and try to impugn the motives of the good people of this Province. He suggested that the Government would follow purely Liberal principles in connection with the Saskatchewan temperance legislation. We who are perhaps over-anxious for this nefarious piece of legislation to be struck off the statute books of this Province must not forget that the feeling of dissatisfaction against the old bar system has not yet subsided. Let us not forget the lessons of history and, while bearing in mind that the highest patriotism demands the fullest measure of justice to every citizen we must also learn that rashness is not statesmanship. It is only by having men of the Dunning type at the helm of the ship of state that it will be steered aright and, if he thinks that the time for a change is not yet come, we must wait until he sees that he can move without compromising himself. His concluding remarks show that he belongs to the school of Liberalism. He says:

"I am a Liberal and am proud of it. I believe in the application of the spirit of liberalism. Freedom is what we ask. Freedom involves that contracts between man and man should be carried out. This freedom which we all demand in our daily life has behind it the guarantee of society as a whole. That guarantee involves that we are free to make our own mistakes, but society also demands the spirit of liberalism in order that we all might be free, that we accept the responsibility for our own mistakes."

Yes, we are free to make mistakes, free to sign on the dotted line, free to do any fool thing we like, but the continuance of society's guarantee of freedom to all of us demands that when we have signed on the dotted line we shall stick to the obligation which our signature conveys.

(Continued on page 3.)